

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at

SPÖ

Aktuelle

14. April 2009 • Nr. 15 • 0,75 €

Eintragungsnummer zum 1. Mai von
Wilhelm Haberzettl



Budget 2009/2010

**Für die SPÖ zählt
jeder Arbeitsplatz**

Der 1. Mai, der traditionsreiche Tag, an dem die ArbeitnehmerInnen auf ihre Forderungen aufmerksam machen – steht im Zentrum dieser Ausgabe. Ebenso, wie das Budget, das im Ministerrat beschlossen und nach der Budgetrede im Parlament diskutiert wurde. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise haben diese beiden Themen einen besonderen Zusammenhang. Es geht darum, die übelsten Folgen der Krise, Personalkürzungen, Arbeitslosigkeit, soziales Abrutschen, Armut, zu vermeiden. Es geht darum, die Wirtschaft anzukurbeln, die Menschen durch eine Steuerreform zu entlasten, das soziale Netz und das Gesundheitssystem abzusichern, die Bildung voranzutreiben. All das sind aber auch Forderungen, die die berufstätigen Menschen – und natürlich auch die PensionistInnen – besonders betreffen. Und eben darauf basiert das Budget, das mit deutlicher sozialdemokratischer Federführung geschrieben wurde. Das vorliegende Budget 2009/2010 ist ein Budget, das den Kampf der SPÖ-geführten Regierung gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise widerspiegelt, ein Budget, das die arbeitenden Menschen unmittelbar und direkt positiv spüren.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Budget 2009/2010	4
Sozialbudget	6
Bildungsbudget	7
Post	8
1. Mai	10
Gastkommentar von FSG-Chef Wilhelm Haberzettl.....	14

Verhandlungen zu neuem Dienstrecht sollen intensiviert werden

Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek möchte die Verhandlungen zu einem neuen Dienstrecht mit den Sozialpartnern intensivieren. Erste Gespräche dazu haben bereits stattgefunden. Grundsätzlich erachte sie es als sinnvoll, ein neues Dienstrecht mit einem neuen Besoldungsrecht, das höhere Einstiegsgehälter und damit eine flachere Gehaltskurve vorsieht, zu koppeln, so



Gabriele Heinisch-Hosek

den Fall einer rascheren wirtschaftlichen Erholung.
♦

THEMEN DER WOCHE

Angst vor Arbeitslosigkeit wächst



Angst vor Arbeitslosigkeit wächst

Immer mehr Menschen sorgen sich um ihren Arbeitsplatz: Laut einer Umfrage fürchten bereits 43 Prozent der ÖsterreicherInnen, dass ihr Arbeitsplatz oder der einer/s nahen Verwandten in diesem Jahr gefährdet ist – vor zwei Monaten hatten dies nur 32 Prozent angegeben. Umso wichtiger ist, dass jetzt ein Budget beschlossen wurde, das die Menschen spüren und für Beschäftigung sorgt.
♦

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:
Erhält der rechte Rand Rückenwind durch die Krise?

Wenn etwas nicht gut oder gar schief läuft, beginnt häufig die Suche nach geeigneten Sündenböcken. Was bedeutet dies im Schatten von Krise, neuer Armut und drohender Arbeitslosigkeit? Geht die uralte Saat der FPÖ, die Schuld an allem Schlechten AusländerInnen zu geben, auf oder bleibt uns eine Renaissance des Rechtsradikalismus erspart?



Rigaud

Maria Berger als EuGH-Richterin nominiert

Die Bestellung der bisherigen SPÖ-Delegationsleiterin im Europaparlament und früheren Justizministerin Maria Berger zur Richterin am Europäischen Gerichtshof (EuGH) ist fix. Bergers Nominierung wurde diese Woche im Ministerrat beschlossen und auch vom Hauptausschuss des Nationalrates mehrheitlich unterstützt. Es sei "sehr spannend" dass sie nun am EU-Gerichtshof tätig sein werde, "wenn man sich so lange mit Europarecht beschäftigt hat", sagte Berger. SPÖ-Klubobmann Josef Cap bezeichnete Maria Berger "als beste Wahl" für diese Position und unumstrittene Expertin.
♦

Zitat der Woche

„Er ist so dieser Typus, der den Zweiten Weltkrieg – spät aber doch – noch gewinnen möchte.“

Ewald Stadler über seinen alten Kampfgefährten Andreas Mölzer – oder war's doch umgekehrt?

Angela Lueger neue SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin

SPÖ-Integrationssprecherin Angela Lueger ist neue Kinder- und Jugendsprecherin der SPÖ. Lueger sieht sich vor allem als Ansprecherpartnerin im Kampf für Arbeitsplätze und qualitätsvolle Ausbildung. Als weiteres wesentliches Ziel ihrer Arbeit nannte sie eine gute Zusammenarbeit mit den Jugendorganisationen und der Bundesjugendvertretung. Lueger ist seit 2008 Abgeordnete zum Nationalrat, davor war sie drei Jahre lang Mitglied des Wiener Gemeinderates und Abgeordnete zum Wiener Landtag. Seit 2006 ist Lueger leitende Referentin bei der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten.
♦



Zinner

Die neue Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger



STANDPUNKT

Kein Fußbreit den Rechtsextremen!

Ein ewiggestriger Professor im Parlament, ein geplanter Aufmarsch von Rechtsextremen am 1. Mai in Linz. Die Braunen kriechen wieder aus ihren Löchern. Wir dürfen dem nicht tatenlos zusehen.

Sie wittern wieder Morgenluft, die Braunen in all ihren Schattierungen. In Krisenzeiten versuchen sie wieder ihr perfides Spiel zu treiben und mit den Ängsten und Sorgen der Bevölkerung politisches Kleingeld zu wechseln. Man würde meinen, dass durch das österreichische Verbotsgesetz ein wirksames Mittel zum Kampf gegen die Verharmloser, die Relativierer und die Wiederbetätigten vorhanden sei. Aber sie finden immer wieder ihre Nischen um ihrem Werk nachzugehen und ihre Hetze zu betreiben. Nun haben wir es mit einer rechtsrechten Splittergruppe namens „Nationaler Volkspartei“ zu tun, die am 1. Mai in Linz eine Kundgebung plant, um ihre Hassparolen unter Volk zu bringen. Dem gilt es nun entschieden Widerstand zu leisten. Neben der SJ haben sich 30 andere Organisationen zum Bündnis „Lichter gegen Rechts“ zusammengefunden, die am 30. April ein beeindruckendes Zeichen gegen die rechten Hetzer setzen werden.

Man könnte meinen, dass die FPÖ so weit am rechten Rand des politischen Spektrums angesiedelt ist, dass da gar kein Platz mehr für andere rechtsextreme Gruppierungen ist. Genau hier liegt aber das Problem. Die FPÖ hat seit nunmehr 20 Jahren den Boden dafür bereitet, dass antisemitische, ausländerfeindliche und neonazistische Sager heute gar nicht mehr aufzufallen scheinen. Denken wir nur an die „N.A.Z.I.“-Sager, an „unsere Ehre heißt Treue“-Rülpser und ähnliches mehr. Schwer vorstellbar, dass das noch getoppt werden kann. Die Strategie dahinter ist allerdings leicht durchschaubar. Der FPÖ,



als parlamentarischer Partei, sind gewisse Grenzen gesetzt. So manchem rechten Recken innerhalb der FPÖ stößt es natürlich sauer auf, dass er nicht ungestraft sein Weltbild in der Öffentlichkeit zum Besten

„Was es nun braucht, ist ein gesamtgesellschaftlicher Grundkonsens, der jede Art von Aktivitäten und Aussagen des rechten Randes ächtet.“

geben darf. Und daneben gibt es auch noch diese kleinen Splittergruppen, die unser Land ungeniert mit ihrer braunen Kotze verseuchen. Darum distanziert sich die FPÖ auch nicht von Neonazis, Antisemiten und Verharmlosern des Dritten Reiches. Im

Gegenteil: man marschiert zwar getrennt, in der Ideologie ist man vereint. Anders dürfte es nicht erklärbar sein, warum immer wieder prominente Vertreter der FPÖ für die Abschaffung des Verbotsgesetzes eintreten.

Was es nun braucht, ist ein gesamtgesellschaftlicher Grundkonsens, der jede Art von Aktivitäten und Aussagen des rechten Randes ächtet. Die schwarz-blaue Regierung unter Wolfgang Schüssel war jener Sündenfall, der den Rechten eine scheinbare Legitimität verliehen hat. Diese Legitimität stellen wir entschieden in Abrede! Den OrganisatorInnen von „Lichter gegen Rechts“ gilt unser dankbarer Respekt und unsere Unterstützung. ♦

BUDGET 2009/2010

Investieren für

Das Budget 2009/2010 ist deutlich erkennbar mit sozialdemokratischer Handschrift geschrieben. Es ist das Budget mit dem größten Beschäftigungsimpuls seit 1945 – ein Budget, das die Menschen unmittelbar und direkt positiv spüren.



In Zeiten der Wirtschaftskrise ist es das Gebot der Stunde, Beschäftigung zu fördern und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das hat die Regierung Faymann mit Arbeitsmarktpaketen, die vorbildhaft in Europa sind, eindrucksvoll getan.

Die seit Jahrzehnten größte internationale Finanz- und Wirtschaftskrise findet auch in der Ausrichtung des Doppelbudgets für die Jahre 2009 und 2010 ihren Niederschlag. Das Hauptaugenmerk ist auf Investitionen in soziale Sicherheit und auf den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gerichtet – denn wer jetzt nicht investiert, verliert in der Zeit nach der Krise. Das jetzige Budget ist ein Budget, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht und das die Menschen unmittelbar und direkt positiv spüren. Die Regierung Faymann hat die Krise rechtzeitig erkannt und auf die geeigneten Maßnahmen gedrängt. Die SPÖ-geführte Regierung „kämpft um jeden einzelnen Arbeitsplatz und gegen jede Tendenz zur Verarmung“, so SPÖ-Klubobmann Josef Cap im Nationalrat im Rahmen der Bud-

getdebatte. „Uns geht es um jede einzelne Österreicherin und um jeden einzelnen Österreicher. Wir tun alles, um den Auswirkungen der Krise entgegenzuwirken“, betonte Cap. Für SPÖ-Budgetsprecher Jan Krainer werden mit dem Budget die richtigen Signale gesetzt – mit mehr Geld für Bildung, für öffentliche Investitionen und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Österreich Vorbild in Europa

Mit den, von der SPÖ-geführten Regierung geschnürten, Arbeitsmarktpa-

keten ist Österreich Vorbild in Europa. In Zeiten der Wirtschaftskrise sei es das „Gebot der Stunde“, Beschäftigung zu fördern und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, betonte Bundeskanzler Werner Faymann. Mit dem Budget wurde Vorsorge getroffen, um in der Krise Beschäftigung zu stärken und gegen die Arbeitslosigkeit vorzugehen – „und diese Kraftanstrengung wurde nun in Zahlen gegossen“, hielt der Kanzler fest.

Von den Beschäftigungspaketen, der Abschaffung der Studiengebühren bis zur Vorziehung der Steuerentlastung stärkt die Regierung die Kaufkraft und setzt wichtige Beschäftigungsimpulse.

1. Mehr Arbeit für Menschen

Am wichtigsten ist der SPÖ der Arbeitsmarkt. Für den Kampf um jeden Arbeitsplatz wird viel Geld in die Hand genommen. Hier die wichtigsten Maßnahmen:

► Arbeitsplätze werden geschaffen oder gesichert, so etwa alleine 50.000 Arbeitsplätze dank umfangreicher Infrastrukturinvestitionen.

► Zwei Beschäftigungspakete mit einem Volumen von vier Milliarden Euro wurden geschnürt, darunter 150 Millionen Euro für regionale Beschäftigungsprogramme.

► Konkrete, zusätzliche Maßnahmen in



Im Vergleich zum Budget 2000 unter ÖVP-Kanzler Schüssel ist das Budget Arbeitsmarktpolitik 2009 jetzt um 1,4 Mrd. Euro höher.

die Menschen

der Krise: 900 Mio. Euro mehr für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und das wichtige Instrument der Kurzarbeit. Die aktive Arbeitsmarktpolitik ermöglicht Schulungsmaßnahmen, Initiativen gegen die Jugendarbeitslosigkeit wie die Ausbildungsgarantie und Spezialprogramme für ältere Menschen.

» 2,6 Mrd. Euro für das Arbeitslosengeld. Damit soll ein sicheres Fundament für den Wiedereinstieg geschaffen werden.

» Ein starkes AMS: 200 zusätzliche Beraterinnen und Berater stehen für bessere Betreuung und mehr Zeit für jeden einzelnen Kunden des Arbeitsmarktservice.

2. Vorziehen der Steuerentlastung

Auf Drängen der SPÖ wurde eine umfassende Steuerentlastung auf das Jahr 2009 vorgezogen. Dadurch haben die Menschen mehr in der Geldbörse und die Kaufkraft wird angekurbelt – wodurch Arbeitsplätze gesichert werden. Vor allem Einkommensschwächere und der Mittelstand profitieren durch Steuersenkung im Umfang von 2,3 Mrd. Euro.

» Für eine/n Alleinerziehende/n (Monatsbrutto: 1.500 Euro, 2 Kinder) heißt das eine Gesamtersparnis von 1.900 Euro pro Jahr.

» Für eine/n Alleinstehende/n ohne Kind (Monatsbrutto: 2.200 Euro), heißt das eine Gesamtersparnis pro Jahr von 575 Euro.

» Für eine Familie mit 2 Kindern (beide Eltern arbeiten und verdienen jeweils 2.500 Euro brutto monatlich; 1 Kind im Kindergarten; 1 Kind in der Schule) heißt das eine jährliche Gesamtentlastung für die Familie pro Jahr von 2.500 Euro.

» 160.000 Menschen zusätzlich zahlen keine Einkommenssteuer mehr, unser Wohlfahrtsstaat greift doppelt – es gibt höhere soziale Sicherheit bei niedrigerer Belastung des Einzelnen.

3. Soziale Absicherung

Um der älteren Generation einen sicheren Lebensabend zu garantieren, werden 1,9 Mrd. Euro mehr für die Pensionen



Spiola

„Wir tun alles, um den Auswirkungen der Krise entgegenzuwirken.“

SPÖ-Klubobmann Josef Cap

zur Verfügung gestellt. Zudem wird die Inflation voll abgegolten.

Auch für die pflegebedürftigen Menschen ist im Budget vorgesorgt.

» Das Pflegegeld ist gesichert: Im Budget ist für die Pflegegeldbezieher/innen vorgesorgt. Statt 1,6 Mrd. Euro stehen 2009 1,8 Mrd. Euro (+200 Mio.) und 2010 1,9 Mrd. Euro (+290 Mio.) zur Verfügung.

» Höheres Pflegegeld und bessere Absicherung durch klare Verbesserungen für demenzkranke Menschen und pflegebedürftige Kinder sind ab 2009 fix: 120 Mio. Euro pro Jahr; die Unterstützung pflegen der Angehöriger wird erhöht.

» Im Jahr 2010 werden behinderte Menschen mit zusätzlichen 25 Mio. Euro unterstützt.



Zimmer

„Mit dem Budget 09/10 werden die richtigen Signale gesetzt.“

SPÖ-Budgetsprecher Jan Krainer

4. Sicheres Gesundheitssystem

Effizienz und höchste Qualität – das sind die wichtigsten Faktoren zur Aufrechterhaltung eines sicheren Gesundheitssystems.

» Unsere Kassen bekommen deshalb einmalig 45 Mio. Euro sowie 100 Mio. Euro pro Jahr ab dem Jahr 2010 für die finanzielle Absicherung qualitativvoller Gesundheitsbetreuung. Aufgrund hoher Verpflichtungen und zusätzlicher Belastungen werden 450 Mio. Euro in den Jahren 2010-2012 eingesetzt.

» Aktive Vorsorge zu Beginn des Lebens:

Absicherung der Leistungen des Mutter-Kind-Passes und des öffentlichen Impfprogrammes im Ausmaß von rund 50 Mio. Euro.

» Die halbe Mehrwertsteuer für Medikamente hilft PatientenInnen und dem Gesundheitssystem insgesamt.

5. Investitionen in Bildung

Unsere Schulen sind das Fundament für die Zukunft unserer Kinder. Investitionen in die Bildung sind der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes.

» Höhere Bildung bedeutet bessere Chancen und soll keine Frage des Reichtums der Eltern sein: die Studiengebühren sind abgeschafft.

» Bessere Betreuung für die SchülerInnen: kleinere Klassen und weniger Kinder pro Klasse, Klassenteilungen in der 9. Schulstufe, Kleingruppen im Fremdsprachenunterricht und eine konsequente Förderung der Neuen Mittelschule.

» Bessere Schulen bedeuten besseren Unterricht: Insgesamt werden 1,7 Mrd. Euro bis 2018 zusätzlich in 270 Bundesschulen – davon sind 36 Neubauten – investiert. ♦

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Budgetfahrplan 09/10

21. 4. 2009

Budgetrede von Finanzminister Josef Pröll

22. 4. 2009

Budgetdebatte

6. 5. 2009

Budgetausschuss – öffentliches Expertenhearing

7. – 14. 5. 2009

Beratungen des Budgetausschusses

19. 5. 2009

Beschluss des Budgetbegleitgesetzes im NR

20. 5. 2009

Budgetgeneraldebatte

21. – 24. 5. 2009

Festlegung der Geldmittel je Ministerium

29. 5. 2009

Budgetbeschluss

SOZIALES

Mehr Geld für Arbeitsmarkt und soziale Sicherheit

Soziale Absicherung wird im Budget groß geschrieben. So steht in der Krise für Arbeitsmarkt und Pensionen deutlich mehr Geld zur Verfügung.



Für die Absicherung der ArbeitnehmerInnen ist gesorgt – aktive Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosengeld und Pensionen sind gesichert.

Die Volkshilfe, die in ganz Österreich Sozialprojekte durchführt, ist erfreut über den budgetären Focus auf die soziale Absicherung. Der Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe Österreich, Erich Fenninger, sieht beim Doppelbudget 2009/2010 die Erhöhung des Budgets des

„Wir stehen mitten in einer Wirtschaftskrise. Ich habe daher von Anfang an klar gemacht, dass es im Ressort für Arbeit und Soziales keine Abstriche geben kann – im Gegenteil.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

Sozialministeriums positiv, „weil der Aufwand für die Arbeitslosenunterstützung enorm steigen wird“. Für die Bezahlung des Arbeitslosengeldes ist vorgesorgt. 2009 sind ausgabenseitig rund sechs Milliarden Euro budgetiert. Das sind 1,1 Milliarden

Euro mehr als 2008. Für 2010 sind rund 6,4 Milliarden Euro vorgesehen. Der Sozialminister hält fest, dass die „sozialen Schutzsysteme in Österreich budgetär abgesichert bleiben“. Aber auch das Budget für die aktive Arbeitsmarktpolitik wird 2009 auf 1,05 Mrd. Euro aufgestockt. „Das ist ein klarer Verhandlungserfolg von Sozialminister Rudolf Hundstorfer“, betont Fenninger.

Pensionen und Pflegegeld sind sicher

Ebenso sind die Pensionen gesichert. „Das gute öffentliche Umlagesystem ist mit ausreichender Finanzierung ausgestattet. Im Budget wurde auch für die erwartenden Zuwächse an PflegegeldbezieherInnen vorgesorgt“, stellt Hundstorfer fest.

Die Aufwendungen des Bundes für die Pensionen werden von derzeit rund 7,7 Mrd. Euro 2008 auf 8,4 Mrd. Euro für 2009 (+732 Mio. Euro) und auf 8,84 Mrd. Euro für 2010

(+1,173 Mrd.) erhöht. „Die Erhöhung der Pensionen für 2010 wurde mit 1,8 Prozent Teuerungsrate angenommen, wenn die Inflation höher oder niedriger ist, verändert sich dieser Wert dementsprechend“, sagt der Sozialminister. In diesem Wert sind auch die kürzlich vorgenommenen Verbesserungen im Pensionssystem enthalten.

2009 wird mit einem Anstieg an PflegegeldbezieherInnen von 4,35 Prozent gerechnet und 2010 mit einem Anstieg von 4,26 Prozent. Dementsprechend stehen statt 1,6 Mrd. Euro 2008 für 2009 1,8 Mrd. Euro und für 2010 rund 1,9 Mrd. Euro zur Verfügung. „Die Erhöhung des Pflegegeldes und die Verbesserung für demenzkranke Menschen und pflegebedürftigen Kinder mit Beginn 2009 ist dadurch ebenfalls gesichert. Dabei handelt es sich um ein Volumen von rund 120 Mio. Euro jährlich. Das ist die höchste Verbesserung des Pflegegeldes seit seiner Einführung 1993“, sagte der Sozialminister. Eingepplant und finanziert sei auch die

in Planung befindliche Verbesserung der Unterstützung pflegender Angehöriger. Damit ist die Übernahme aller Pensionsbeiträge pflegender Angehöriger ab Pflegestufe 3 gemeint. Die Kosten belaufen sich dafür auf rund 4,5 Mio. Euro jährlich.

Aktive Arbeitsmarktpolitik wird ausgebaut

Bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik wurde das bereits 2008 sehr hohe Niveau neuerlich angehoben. „2009 werden fast um 50 Prozent mehr Mittel dafür zur Verfügung stehen. Während 2008 aus diesem Titel 853 Mio. Euro ausgegeben wurden, werden 2009 über eine Milliarde Euro zur Verfügung stehen“, so Hundstorfer. Rechnet man die 220 Mio. Euro dotierte Unterstützung der Kurzarbeit und die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (EU-Mittel) hinzu, sind es mehr als 1,3 Mrd. Euro, also um gut 50 Prozent mehr als 2008. ♦

SCHULE

Am Ende gab es doch Bewegung

Nach wochenlangem zähen Ringen konnte Bildungsministerin Claudia Schmied ihr Ressortbudget erfolgreich unter Dach und Fach bringen. Das bedeutet: Weg frei für die Schulreformen!



Bildbox
einen Kompromiss zu erreichen, bei dem alle einen Beitrag leisten.“ Bis zuletzt war nicht klar, ob die LehrerInnen-gewerkschaft nach der koalitionsären Einigung auf die Stundung von BIG-Mieten die Streichung von Zulagen akzeptieren würde, die nötig war, um auf das Gesamtvolumen von 422,5 Mio. Euro zu kommen. SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer betonte, dass im engagierten Programm der Bundesregierung, nämlich der Schule der Zukunft, der junge Mensch im Mittelpunkt steht

Im Zentrum der Bemühungen um die Schulreformen: Die besten Zukunftschancen für die SchülerInnen.

Bundeskanzler Werner Faymann gratulierte als Erster: „Ohne den engagierten Einsatz von Claudia Schmied wäre es nicht möglich gewesen,

und es darum geht, diesem alle Zukunftschancen, die er braucht, zu eröffnen. Mit den freigewordenen Finanzmitteln können nun kleinere Klassen, Kleingruppenunter-

INFO

Budget-Maßnahmen im Bildungsbereich

- » Altersteilzeit-Modell
- » Zeitkonto zum Ansparen von Überstunden für die Pension
- » Austausch befristeter Verträge bei VertragslehrerInnen in unbefristete
- » Anhebung der Supplierstunden-Verpflichtung
- » Reduzierung diverser Zuschläge, Taxen und Zulagen
- » Stundung der BIG-Mieten

richt, mehr und bessere Tagesbetreuung, bessere Sprachförderung etc. finanziert werden. ♦

INTERVIEW

„Bin froh und stolz“

Bildungsministerin Claudia Schmied betont im „SPÖ Aktuell“-Interview, sie habe ihr Ziel, die Schulreformen fortsetzen zu können, erreicht.

SPÖ Aktuell: Warum müssen die LehrerInnen nun doch nicht zwei Stunden länger in der Klasse stehen?

Claudia Schmied: Es war nie mein Ziel, dass sie das tun müssen. Faktum ist, dass ich ursprünglich seitens des Finanzministers sehr knappe Budgetvorgaben hatte. Und daher war rasch klar, dass wir unseren offensiven bildungspolitischen Kurs nur verwirklichen können, wenn wir gleichzeitig auch Strukturreformen durchführen. Natürlich waren wir dann sehr rasch in der zweiten Budgetverhandlungsrunde auch beim Thema „Erhöhung der Lehrverpflichtung“ – und so kam dann der Beschluss zustande. Ich habe aber immer gesagt, wenn sich eine andere Lösung findet, die die Schulreformen gewährleistet, so ist die Erhöhung der Lehrverpflichtung nicht in Stein gemeißelt. Ich bin froh und auch stolz, dass sich nun doch Beweglichkeit

beim Finanzminister und den LehrerInnen-gewerkschaftern gezeigt hat, die schließlich zum vorliegenden Kompromiss führen konnte. Die LehrerInnen leisten damit einen wichtigen Beitrag in der Krise.

Aber die nun frei gewordenen Budgetmittel reichen noch nicht aus.

Claudia Schmied: Das ist richtig. In Summe verfüge ich jetzt über etwa 400 Millionen Euro mehr an Finanzspielraum. Allerdings müssen noch ein paar Verschiebungen durchgeführt werden, da der Finanzbedarf 500 Millionen Euro beträgt. Das schaffen wir aber im Bereich der Sachausgaben, jedoch keinesfalls bei den Kindern und der Unterrichtsleistung. Im Gegenteil, es wird mehr Kleingruppenunterricht und Förderunterricht geben. Ab sofort wird auch an einem neuen Dienstrecht gearbeitet. Eine höhere Lehrverpflichtung wird



Lehmann

Das Bildungsbudget steht – der Weg in Richtung Schule der Zukunft kann nun fortgesetzt werden.

dann Bestandteil des Dienstrechts für alle neu eintretenden LehrerInnen sein. Denn man wird dann auf zeitgemäße Jahresarbeitszeitmodelle umstellen, bei welchen man nicht mehr in Stunden und Minuten denkt. ♦

POST

SPÖ garantiert volle Versorgung

SPÖ-Infrastrukturministerin Doris Bures lieferte mit dem Entwurf des Postmarktgesetzes einen „Meilenstein für die Postzukunft“.



Gesetz fußt auf EU-Richtlinie und Regierungsprogramm

Mit diesem Gesetz werden die hauptsächlichen Anforderungen, die durch die EU-Richtlinie zur Postmarkliberalisierung und das Regierungsprogramm gestellt sind, erfüllt. Deshalb war es ein Ziel, dass trotz der Liberalisierung das Angebot nicht reduziert, sondern in gleicher Qualität aufrechterhalten und, falls nötig sogar erweitert wird. Dafür sorgt eine Regulierungsbehörde, die Post-Control-Kommission, die als beratendes Gremium den Postgeschäftsstellenbeirat zur Seite gestellt bekommt. So wird auch die Einbindung von Ländern und Gemeinden gestärkt und ihr Mitspracherecht erweitert.

Die Grundversorgung mit Postgeschäftsstellen wird nach einem sorgfältig berechneten Schlüssel normiert. Dessen Hauptkriterien sind die EinwohnerInnenzahl und die Entfernung von der nächsten Postgeschäftsstelle. Das bedeutet erfreulicherweise, dass wenn eine Gemeinde wächst, das dazu führen kann, dass eine neue Poststelle eröffnet werden muss. Das bewirkt also endlich eine Umkehr nach all den Jahren der Schließungen und Ausdünnung der Infrastruktur vor allem des ländlichen Raums.

Aufmachen statt zusperren! Das neue Postmarktgesetz sichert flächendeckende Poststellen für alle ÖsterreicherInnen.

Flächendeckende Versorgung, faire Bedingungen für alle Marktteilnehmer sowie gerechte Löhne und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten: Das sind die Grundpfeiler des von SPÖ-Bundesministerin Doris Bures vorgeschlagenen neuen Postmarktgesetzes. Ziel war es, eine Dienstleistungsgarantie für die Bevölkerung im gesamten Bundesgebiet zu schaffen. Mit dem Vorschlag von Bures wird den, mit der Liberalisierung des Postmarktes einhergehenden, neuen Herausforderungen entsprechend Rechnung getragen.

Österreich nimmt Vorbildrolle ein

Österreich zählt zu den ersten Staaten, die klare Strategien für die unvermeidliche Liberalisierung des Postmarktes parat ha-

„Entscheidend ist, dass keine Schließung von Postdienststellen oder Postpartnern erfolgen darf, wenn nicht für wirklich vollen und qualitativ gleichwertigen Ersatz gesorgt ist.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter

ben. Das bringt in erster Line den in diesem Sektor Beschäftigten die notwendige Planungssicherheit. Die Arbeitsbedingungen und Gehälter der Werkstätigen konzessionierter Postdienstleister sollen dadurch fairen Bedingungen unterliegen, um Zustände wie in Deutschland auszuschließen. Besonders hervorstreichen ist das Ziel, die Zahl der Poststellen um 150 Postämter oder Postpartner zu steigern und die Einbindung von Ländern und Gemeinden über eine unabhängige Kontrollkommission zu sichern.

„Entscheidend ist, dass keine Schließung von Postdienststellen oder Postpartnern erfolgen darf, wenn nicht für wirklich vollen und qualitativ gleichwertigen Ersatz gesorgt ist“, verdeutlicht SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter den großen Erfolg dieses Gesetzesentwurfs. Die flächendeckende, qualitativ hochwertige und leistbare Versorgung der Bevölkerung war das Ziel und wird, insbesondere im ländlichen Raum, auf diesem Wege sichergestellt. ♦



SPÖ

SOZIALPARTNER

Kampf um ArbeitnehmerInnenrechte wird wieder härter

Angesichts der Wirtschaftskrise wird die Notwendigkeit einer funktionierenden Sozialpartnerschaft wieder deutlicher. Der heurige 1. Mai steht umso mehr im Zeichen der arbeitenden Gesellschaft.



Man war sich einig, dass die Sozialpartnerschaft das beste Modell für Gegenwart und Zukunft ist (Sozialminister R. Hundstorfer mit WK-Präsident C. Leitl).

Vor einigen Tagen lud der Bundesrat zu einer parlamentarischen Enquete mit dem Titel „Sozialpartnerschaft im 21. Jahrhundert“. Dabei ging es darum, die Herausforderungen der sozialpartnerschaftlichen Kooperation in Österreich herauszuarbeiten. Besonders brisant ist diese Fragestellung nicht nur vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise, sondern auch angesichts des bevorstehenden „Tag der Arbeit“, dem 1. Mai. In einer Zeit, in der die hart erkämpften ArbeitnehmerInnenrechte bedroht sind, wieder zurückgedrängt zu werden, gilt es, den Stellenwert der Sozialpartnerschaft, den Dialog zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen neu zu bewerten und vor allem wieder aufzuwerten. Zu oft hörte man die Unkenrufe, in Österreich regieren die Interessensvertreter. Aber gerade jetzt wird deutlich, welche große Bedeutung ein starkes korporatives System hat und wie notwendig ein solches ist.

Zur Diskussionsrunde geladen waren österreichische Experten in Sachen Arbeit und Interessenvertretung: Sozialminister und ehemaliger ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer, geschäftsführender ÖGB-Prä-

sident Erich Foglar und AK-Präsident Herbert Tumpel gaben ebenso ihr Statement ab, wie Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl und Landwirtschaftskammerpräsident Gerhard Wlodkowski.

Hundstorfer führte aus, dass angesichts der Krise die größten Herausforderungen für die Sozialpartner sein werden, die Aushöhlung des Sozialstaates und die Schmälerung der ArbeitnehmerInnenrechte zu verhindern. Hundstorfer und Foglar waren sich einig, dass die gut funktionierende Sozialpartnerschaft in Österreich maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand Österreichs beitrug. Nun sind politisch Verantwortliche gleich wie die Sozialpartner gefordert, mit sinnvollen Maßnahmen – wie etwa mit Kurzarbeit – gegen die Krise zu kämpfen. ÖGB-Präsident Foglar stellte klar, dass der ÖGB in den letzten Monaten bewiesen hat, dass die ArbeitnehmerInnen bereit sind, ihren Beitrag zur Entschärfung der Krise zu

leisten. „Die ArbeitnehmerInnen erwarten sich im Gegenzug, dass die Krise nicht als Mittel zum Abbau von Sozial- und Arbeitsrechten missbraucht wird.“

Modell Sozialpartnerschaft nach außen tragen

Die Sozialpartnerschaft, wie AK-Präsident Herbert Tumpel erläuterte, ist ein wesentlicher Teil der wirtschaftlichen und sozialen Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik. Dieses Erfolgsmodell gilt es jetzt nicht für sich im stillen Kämmerlein zu behalten, sondern nach außen zu tragen. So haben sich Sozialminister Rudolf Hundstorfer und Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl für eine UN-Deklaration zu einer weltweiten Sozialpartnerschaft engagiert. Denn der soziale Dialog wirke sich als enormer Wettbewerbsvorteil für Österreich aus, der solle auch anderen, vor allem sozial benachteiligten Ländern, ermöglicht werden. ♦

„Die ArbeitnehmerInnen in Österreich und der EU brauchen gerade jetzt eine starke ArbeitnehmerInnenvertretung und eine funktionierende Sozialpartnerschaft.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer



LK-Präsident G. Wlodkowski, AK-Präsident H. Tumpel, WK-Präsident C. Leitl und ÖGB-Präsident E. Foglar.

1. MAI

Ein Zeichen setzen – gerade jetzt!

Wenn der 1. Mai heuer feierlich begangen wird, dann wird das im Bewusstsein getan, dass diesem angesichts einer globalen Wirtschaftskrise eine ganz besondere Bedeutung zukommt.

Die Sozialdemokratie hat sich seit ihrer Gründung als Partei der ArbeitnehmerInnen verstanden und sich in ihrer ganzen Geschichte dafür eingesetzt, dass die Menschen dieses Landes von ihrer Arbeit adäquat leben können. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit steht – gerade vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise – im Zentrum des politischen Handelns der Sozialdemokratie. Es ist der historische Auftrag, dass SozialdemokratInnen alles in ihrer Macht stehende unternehmen, damit die Menschen von Arbeitslosigkeit weitgehend verschont bleiben und mit ihrem Schicksal nicht allein gelassen werden. Daher ist es so wichtig, gerade jetzt ein Zeichen zu setzen und den 1. Mai gemeinsam mit der SPÖ zu feiern.

1889 als Kampftag für den Achtstundentag beschlossen

Am 14. Juli 1889 wurde in Paris die Zweite Internationale als Vereinigung selbständiger sozialistischer Parteien gegründet. Die siebenköpfige österreichische Delegation wurde von Victor Adler angeführt. Die Vertreter Frankreichs beantragten, den 1. Mai – im Gedenken an einen Generalstreik in den USA am 1. Mai 1886 – zum internationalen Kampftag für den Achtstundentag zu erklären. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit gebilligt. Der Festtag des Proletariats war geboren. Ab 1890 wurde der 1. Mai von den SozialdemokratInnen in Wien und anderen Städten festlich begangen. Bis 1907 stand der Kampf für das allgemeine und gleiche Wahlrecht im Zentrum der Maifeiern. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wurden die Demonstrationen zu eindrucksvollen Kundgebungen für den Frieden und die internationale Solidarität.

Seit 1919 Staatsfeiertag

Der Weltkrieg unterbrach die Tradition der Maifeier. Die neue staatspolitische Bedeutung der Sozialdemokratie fand im Be-



Der Festtag der ArbeiterInnen diente immer dazu, die Forderungen der ArbeiterInnenbewegung zu präsentieren (Maifeierlichkeiten in Wien 1932).

schluss des Nationalrats vom 25. April 1919 ihren Ausdruck, mit dem der 1. Mai zum Staatsfeiertag erklärt wurde. Der Fackelzug der Arbeiterjugend wurde erstmals am Vorabend des 1. Mai 1926 abgehalten.

Demonstrierte man Mitte der zwanziger Jahre für die Verteidigung der sozialen Er rungenschaften, so standen bald die Solidarität mit den Arbeitslosen und der Kampf gegen den Faschismus im Vordergrund.

Nach der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 untersagte die Regierung sämtliche Maiaufmärsche. Der Parteivorstand rief deshalb zu legalen Massenspaziergängen am Ring auf.

Nach dem Februar 1934 wurde die Arbeiterbewegung in die Illegalität gedrängt. Die Faschisten versuchten, die tiefe Verankerung des 1. Mai in der Bevölkerung für ihre Zwecke zu nutzen: Dollfuß erklärte den 1. Mai zum „Tag der Verfassung“, die Nationalsozialisten machten später einen

durch altes Brauchtum verklärten 1. Mai daraus.

Während im Westen noch gekämpft wurde, war der 1. Mai 1945 in Ostösterreich schon Anlass zu den ersten politischen Kundgebungen der Zweiten Republik. Eine wesentliche Konstante blieb bestehen: Die Sozialdemokratie präsentierte am 1. Mai ihre Forderungen – und sich selbst. ♦

INFO

1. Mai-Service

Eine Live-Übertragung der Maifeierlichkeiten am Wiener Rathausplatz gibt es auf www.spoe.at.

Ein Rednerdienst zum 1. Mai steht im Intranet unter www.spoe.at/intern zur Verfügung.

Geschichte

Zwischenwelten und Übergangszeiten

Wer dieses Buch liest, spürt stets den manchmal beschleunigten, manchmal ruhigen Pulsschlag des teilnehmenden Beobachters – auch dann, wenn es um Ereignisse geht, die über zweihundert Jahre zurückliegen.

Eric Hobsbawm gehört zu den bedeutendsten SozialhistorikerInnen. In dem neu erschienen Buch äußert Hobsbawm sich unter anderem zu den derzeitigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen. Das Buch enthält Interviews und Aufsätze, die in der Periode nach dem Ende des Sozialismus in Osteuropa sowie der Etablierung eines neoliberalen kapitalistischen Regimes erschienen sind und

nun erstmals gesammelt vorliegen. Eric Hobsbawm, der Historiker des 19. und 20. Jahrhunderts, ist zugleich ein Zeitgenosse des 20. und 21. Sein Werk speist sich nicht nur aus der Arbeit des Gelehrten, sondern auch aus einem lebenslangen politischen Engagement. Nun äußert er sich unter anderem zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen der unmittelbaren Gegenwart. ◆

☐ Stk.


Eric Hobsbawm:
**Zwischenwelten
und Übergangszeiten**
PapyRossa Verlag, Köln 2009;
240 S., 18,60 €

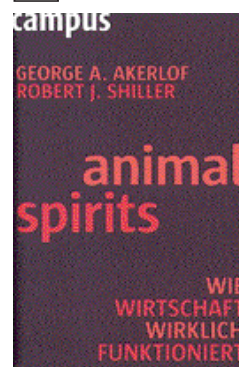
Wirtschaft

Wie Wirtschaft wirklich funktioniert

Die beiden Star-Ökonomen George A. Akerlof und Robert J. Shiller versuchen in ihrem Buch gekonnt einfach und verständlich darzustellen, wie Wirtschaft wirklich funktioniert.

Die Autoren beschreiben anschaulich, wie die bereits in den 1930er Jahren von dem britischen Ökonom John Maynard Keynes benannten unberechenbaren menschlichen Instinkte und Gefühle, die „animal spirits“, die Wirtschaft beeinflussen. Nebenbei liefern Akerlof und Shiller in ihrem Buch eine lesenswerte und erfreulich verständliche Analyse der gegenwärtigen Krise. Viel zu lange hat die Ökonomie einen der wichtigsten Faktoren

im wirtschaftlichen Agieren von Menschen vernachlässigt: die Animal Spirits, also die nicht-rationalen Aspekte unseres Handelns. Ein großer Fehler, sagen George A. Akerlof und Robert J. Shiller, dessen Folgen wir in der Wirtschaftskrise täglich neu zu spüren bekommen. Sie fordern, das Verhalten des Menschen in der Wirtschaft wieder stärker zu berücksichtigen, anstatt sich auf reinen Marktglauben zu konzentrieren. ◆

☐ Stk.


Akerlof/Shiller:
animal spirits – Wie Wirtschaft wirklich funktioniert
Campus Verlag,
Frankfurt am Main 2009;
300 S., 25,60 €

Belletristik

Der Mackenzie Coup

Rankin hat mit dem Mackenzie Coup erneut eine atemberaubend clevere Geschichte geschrieben mit absolut glaubwürdigen, faszinierenden Figuren.

Der Mackenzie Coup ist ein großartiges Lesevergnügen! Schnell, geistreich, voller Action, unerwarteter Wendungen und brillanter Dialoge.

Der smarte Enddreißiger Mike Mackenzie langweilt sich. Als Software-Designer hat er ein Vermögen gemacht, das so enorm ist, dass keines seiner kostspieligen Hobbys auch nur im Geringsten ins Gewicht fällt. Nun ist er auf der Suche nach neuen Zerstreuungen und findet sie in der Welt

der Kunst. Doch wenn man sich fast jedes Werk problemlos leisten kann, verliert das Sammeln rasch seinen Reiz – es sei denn, man wechselt die Seiten. Und so wird eines whiskyseligen Abends eine Idee geboren, die endlich wieder für Nervenkitzel in Mikes Leben sorgt: In einem einzigartigen Coup soll die schottische National Gallery um einige ihrer wertvollsten Gemälde erleichtert werden. Der Plan geht tatsächlich auf – und doch geht alles schief. ◆

☐ Stk.


Jan Rankin:
Der Mackenzie Coup
Manhattan Verlag,
London 2009;
383 S., 18,50 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



NIEDERÖSTERREICH

Kinderfreunde starten neue Hilfsaktion: Ferien von der Krise!



Immer mehr Menschen sind direkt von der Wirtschaftskrise betroffen. Anlass für die NÖ Kinderfreunde, eine Fortsetzung der erfolgreichen Aktion „Ich hab was gegen Armut“ ins Leben zu rufen.

„Über 62.000 Kinder in Niederösterreich sind schon bisher armutsgefährdet. Die Wirtschaftskrise verschlimmert diese ohnehin angespannte Situation“, stellt Andreas Kollross, Vorsitzender der Kinderfreunde, die neue Aktion unter dem Motto: „Ferien von der Krise!“ vor. „Mit nur zwei Euro kann eines der neu aufgelegten Freundschaftsbänder erworben werden. Der sich ergebende Erlös finanziert Ferienaufenthalte, zu denen wir betroffene Kinder gratis einladen“, erklärt LHStv. Sepp Leitner den unkomplizierten Ablauf der Hilfsaktion. Weiters betont er die Not-

wendigkeit, als Land NÖ jetzt rasche zusätzliche Wirtschaftsimpulse zu setzen. Er fordert, eine zusätzliche halbe Mrd. Euro zu investieren, um rasch die Nachfrage und Beschäftigung in NÖ sinnvoll abzusichern. Auch LRin Karin Scheele erklärt ihre volle Unterstützung für „Ferien von der Krise“. Sie rät jetzt, rasch in zusätzliche öffentliche Aufträge zu investieren: „Von Kommunen umgesetzte Bauvorhaben sind ein ideales Instrument, um die Arbeitsplätze in regionalen Klein- und Mittelbetrieben zu sichern!“

Das Band kann direkt auf der Website der Kinderfreunde NÖ www.noekinderfreunde.at oder unter www.ichhabwasgegenarmut.at bestellt werden. ♦



Kinderfreunde-Vorsitzender Andreas Kollross, Landesrätin Karin Scheele und LHStv. Sepp Leitner präsentieren die Aktion „Ferien von der Krise“.

SPÖ Niederösterreich

WIEN

Vranitzky - Kolloquium



Siegeszug des Rechtspopulismus als Folge der Wirtschaftskrise? Eine hochkarätige Podiumsdiskussion widmet sich am Montag, 27. April, einem brisanten Aspekt der Wirtschaftskrise.

Key Note Speaker wird Bundeskanzler a. D. Franz Vranitzky sein. Als DiskutantInnen haben zugesagt: SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas, der bekannte Politikwissenschaftler von der Donau-Universität Krems, Peter



Key Note Speaker ist BK a. D. Franz Vranitzky.

Henisch

Filzmaier und die Ressortleiterin der Innenpolitik der Tageszeitung „Die Presse“, Martina Salomon. Anmeldungen zum Symposium bitte an: WIWIPOL, Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik, e-mail:

office@wiwipol.at,

Tel. 319 44 47. ♦

Montag, 27. April 2009

Beginn: 18 Uhr – 20 Uhr

Presseclub Concordia,

Bankgasse 8

1010 Wien

BURGENLAND

SPÖ eröffnet Diskussionsplattform im Web



Die SPÖ-Burgenland verstärkt ihre Kommunikation übers Internet.

Auf den Webseiten www.wirburgenlaender.at und www.wirburgenlaenderinnen.at soll das ganze Burgenland über wichtige Themen im Land sprechen. Neben Beschäftigung, Bildung und die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben werden der Gratis-Kindergarten, der Sozial- und Gesundheitsbereich, Umwelt, Lebensqualität oder Sicherheit angesprochen. Auch Landeshauptmann Hans Niessl und die SPÖ-LandesrätInnen werden immer wieder persönlich am Webforum teilnehmen und sich mit Fragen und Anregungen auseinandersetzen. Landeshauptmann Hans Niessl: „Burgenland soll mitdiskutieren und mitgestalten.“ ♦



SPÖ Bgld

LH Hans Niessl, Landesgeschäftsführer Georg Pehm (im Bild mit einer Mitarbeiterin) fordern das Burgenland jetzt auch via Internet zum Dialog auf.

OBERÖSTERREICH

Erich Haider eindrucksvoll bestätigt



Erich Haider stellt sich gegen grenzenlose Gier und präsentiert das 7-Punkte-Programm für Oberösterreich.

Erich Haider ist beim Landesparteitag der SPÖ Oberösterreich mit fulminanten 99,3 Prozent wiedergewählt worden. Er steht bereits seit elf Jahren erfolgreich an der Parteispitze und wird die Partei Ende September als Spitzenkandidat in die Landtagswahl führen: „Es ist höchste Zeit für einen Führungswechsel in Oberösterreich!“

7-Punkte-Programm

Die OÖ SozialdemokratInnen haben zukunftsorientierte Konzepte für die nächsten sechs Jahre. So ist etwa im 7-Punkte-Programm ein Beschäftigungsprogramm enthalten, mit dem mit neuen Produkten wie Nahverkehrsgarnituren,

Autobussen, Waggonen und energiedämmenden Baustoffen in die Offensive gegangen wird. Die Hacklerregelung soll in Oberösterreich als „OÖ-Pension 45/40“ erhalten bleiben. Der OÖ Gesundheitsplan schafft die beste medizinische Versorgung in allen Regionen. Die Regionen sollen über etwaige Zusperrpläne selbst abstimmen. Der Gratis-Kindergarten wurde schon durchgesetzt, das Gratis-Mittagessen soll folgen. Der öffentliche Verkehr soll ausgebaut und ein 10-Euro-Ticket als Monatsmarke für Menschen mit einem Einkommen unter 1.000 Euro eingeführt werden. Pflegesicherung wird groß ge-



LHStv. Erich Haider betonte beim Landesparteitag in Linz gemeinsam mit Bundeskanzler Werner Faymann Sieges-Willen für die Landtags-Wahl im Herbst.

schrieben. Und der Bildungsplan bewirkt, dass jeder Bezirk alle drei Oberstufenformen bekommt und ein erfolgreicher Lehrabschluss die Ausbildung an einer FH ermöglicht. ♦

SP-GEWERKSCHAFTERINNEN

Die FSG-Jugend startet in den Wiener AK-Wahlkampf



Bei der Jugendaufaktveranstaltung waren auch Kanzler Werner Faymann, AK-Präsident Herbert Tumpel und Sozialminister Rudolf Hundstorfer vor Ort.

Der Bundeskanzler verdeutlichte in seiner Rede, dass die Jugend in der heutigen Gesellschaft eine bedeutende Rolle spielt, denn „die Gesellschaft von morgen wird von der Jugend von heute gebaut.“ Weiters wies er darauf hin, dass Strukturen wie die AK auch auf europäischer Ebene verankert werden müssen, um ein sozialeres Europa zu schaffen.



Beim Wahlkampfaufakt der FSG-Jugend betonte Bundeskanzler Werner Faymann die Wichtigkeit der AK für die Jugendpolitik.

Knie

Auch Sozialminister Hundstorfer und AK-Präsident Herbert Tumpel bezeugten mit ihrer Anwesenheit ihre Unterstützung für die FSG. „Jugendarbeitslosigkeit ist Hoffnungslosigkeit und die darf nicht eintreten“, meinte der Minister und versprach: „Jeder Jugendliche, der im Sommer eine Lehrstelle sucht, wird eine bekommen.“ Der Präsident der AK, Herbert Tumpel bekräftigte: „Es ist im



Knie

SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann und AK-Präsident Herbert Tumpel sind die Unterstützung der FSG-Jugend ein Anliegen.

Interesse aller, dass heute gute Ausbildung stattfindet, so dass in zehn Jahren die qualifiziertesten FacharbeiterInnen in unserem Land sind. Das Geld, um das Vorhaben zu realisieren, ist vorhanden.“ Es sei nötig, mit einer starken Arbeiterkammer der Krise entgegenzutreten und gemeinsam für eine gerechte Gesellschaft zu kämpfen. ♦



Wilke

Die Menschen fragen sich zu Recht, wie oft sie denn noch bezahlen sollen

FSG-Vorsitzender Wilhelm Haberzettl über die Bedeutung des 1. Mai für die ArbeitnehmerInnen gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise.



Die ArbeitnehmerInnen sollen am Ende nicht die Zeche für den Bankrott einer völlig enthemmten Finanzwirtschaft bezahlen. (FSG-Chef Haberzettl und Sozialminister R. Hundstorfer – damals noch ÖGB-Chef – bei einer gewerkschaftlichen Aktion)

ÖGB

gend ein großzügiger Sponsor, sondern wir mit unserem Steuergeld; wir bezahlen schon jetzt mit Einkommenseinbußen bei Kurzarbeit, mit Arbeitslosigkeit und mit steigender Armutsgefährdung. Die Menschen fragen sich zu Recht, wie oft sie denn noch bezahlen sollen.

Beim diesjährigen 1. Mai wird dieses Thema daher im Zentrum unserer Botschaften stehen. Sozialdemokratische GewerkschafterInnen werden überall in Österreich klipp und klar sagen: Die ArbeitnehmerInnen bezahlen am Ende nicht die Zeche für den Bankrott einer völlig enthemmten Finanzwirtschaft. Kürzungen in den Sozialsystemen, vom Gesundheitswesen bis zu den Pensionen, werden wir nicht hinnehmen als Kur für die erkrankte Finanzwirtschaft. Unsere Sozialleistungen, unsere Gesundheitsversorgung, unsere Pensionen

und vieles mehr stehen nicht zur Disposition, wenn es darum geht, die nun nötigen Budgetdefizite wieder abzubauen. Die Verursacher müssen für die Krise irgendwann selbst bezahlen, und sie müssen sich strenge Regeln, strenge Kontrollen und strenge Strafen gefallen lassen. Welcher Tag wäre geeigneter als der Tag der Arbeit, um das laut und deutlich zu formulieren! ♦

Wilhelm Haberzettl ist Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im ÖGB und stv. Vorsitzender der Gewerkschaft vida. Er ist Mitglied des erweiterten Bundesparteipräsidiums der SPÖ und Abgeordneter zum Nationalrat.

Der 1. Mai hat für uns Sozialdemokratische GewerkschafterInnen immer hohe Bedeutung, unabhängig davon, ob die SPÖ den Bundeskanzler stellt, der Bundesregierung ange-

hen, als auch ihre Stärke und ihren Zusammenhalt zu signalisieren.

Nun sind wir gerade zum heurigen 1. Mai in einer wirtschaftlich besonders schwierigen Lage: Die Arbeitslosigkeit steigt, immer mehr Menschen befinden sich in Kurzarbeit, die Wirtschaft wird schrumpfen, und niemand kann sagen, wann es wieder aufwärts gehen wird. In diesem Umfeld brauchen die Menschen die Sicherheit, dass nicht sie am Ende die Rechnung präsentiert bekommen für etwas, das sie nie bestellt haben. Die ArbeitnehmerInnen, die SteuerzahlerInnen generell, tragen schon jetzt die größte Last der Krisenbewältigung, denn die – dringend nötigen – Maßnahmen wie Bankenpakete und Konjunkturpakete bezahlt ja nicht ir-

„Die Menschen brauchen die Sicherheit, dass nicht sie am Ende die Rechnung präsentiert bekommen für etwas, das sie nie bestellt haben.“

hört oder in Opposition ist; unabhängig davon, ob wir in wirtschaftlich guten oder in wirtschaftlich schlechten Zeiten leben. Immer ist der Tag der Arbeit gerade für Gewerkschaften eine gute Gelegenheit, sowohl auf ihre Anliegen aufmerksam zu ma-



TERMINE RUND UM DEN 1. MAI

Donnerstag, 30. April

Fackelzug der SJ gegen Rechts

Die Sozialistische Jugend in Oberösterreich und Wien setzt ein Zeichen gegen Rechts.

Wien: Beginn: 20.00 Uhr
vor der Staatsoper

Linz: Beginn: 19.00 Uhr
Schillerpark – Hauptplatz

Maifeier mit Kundgebung

Bezirks-Maifeier im Burgenland mit EU-Spitzenkandidat

Hannes Swoboda

Beginn: 19.30 Uhr

Rechnitz, Burgenland

Maikundgebung

In NÖ mit Staatssekretär

Andreas Schieder

Beginn: 19.30

Gänserndorf

Fackelzug und Kundgebung

In NÖ mit Staatssekretär

Andreas Schieder

Beginn: 20.30

Groß-Enzersdorf

Freitag, 1. Mai

Maifeiern im Burgenland

Mai-Kundgebung mit Festrede von Landeshauptmann

Hans Niessl

Beginn: 10.00 Uhr

St. Martin/Raab, Martinahalle

1.-Mai-Feier mit Landeshauptmann

Hans Niessl und

Bundesminister **Norbert**

Darabos sowie Landesrat

Peter Rezar

Beginn: 13.30 Uhr

Steinberg-Dörfel, Sammelplatz

Möbel-Putz

Maifeiern in Kärnten

Bezirksfamilienfest zum

1. Mai mit Landeshauptmann-

Stellvertreter **Reinhard Rohr**

Beginn: 9.00 Uhr

Sportzentrum in

Völkermarkt

Maifeiern in Niederösterreich

Maikundgebungen mit LH-Stv.

Sepp Leitner:

Sportzentrum **Gars/Kamp**

Beginn: 10.00 Uhr

Keller, **Poysdorf**

Beginn: 14.00 Uhr

Arkadia, **Traiskirchen**

Beginn: 16.00 Uhr

Am Bromberg, **Königsbrunn**

Beginn: 18.00 Uhr

Maikundgebungen mit

Bundesminister

Rudolf Hundstorfer:

Rathausplatz **St. Pölten**

Beginn: 9.00 Uhr

Volksheim **Herzogenburg**

Beginn: 10.30 Uhr

Maiaufmarsch mit

Bundesministerin

Gabriele Heinisch-Hosek:

Stadthalle **Ybbs/Donau**

Beginn: 10.00 Uhr

Hauptplatz **Korneuburg**

Beginn: 14.30

Stockerau, Niernbschhof

Beginn: Ab 17.00 Uhr

Maifeiern in Oberösterreich

Maiaufmarsch mit Landes-

hauptmann-Stellvertreter

Erich Haider

Beginn: 9.00 Uhr

Linz, Hauptplatz

Bezirksaufmarsch und Früh-

schoppen mit SPÖ-Bundesge-

schäftsführerin **Laura Rudas**

Beginn: 9.00 Uhr

Vöcklabruck,

Dürnau-Agerinsel

Maiaufmarsch mit Nationalrats-

präsidentin **Barbara Prammer**

Beginn: 9.30 Uhr

Veranstaltungszentrum

Bad Schallerbach

Maikundgebungen mit Bundes-

minister **Alois Stöger:**

Kirchenplatz **Traun**

Beginn: 9.30 Uhr

Anselden, Hauptplatz Haid

Beginn: 10.00 Uhr

St. Marien, Siedlungswiese

Nöstlbach

Beginn: 12.30 Uhr

Feldkirchen,

Gasthaus Petermichl

Beginn: 14.00 Uhr

Maifeiern in Salzburg

Maxglan:

Beginn: 11.00

Maifest im Stölzlpark

Elisabeth Vorstadt:

Beginn: 11.00 Uhr

Stanislaus Pacher Heim

Taxham:

Beginn: 14.00 Uhr

Jugendzentrum Taxham

Maifeiern in der Steiermark

Maimarsch mit Kundgebung

von Landeshauptmann

Franz Voves

Beginn: 9.00 Uhr

Graz: Künstlerhaus, Stadtpark,

Wilhelm-Fischer-Allee

Maikundgebung mit Früh-

schoppen im Festrede von

Bundesministerin

Claudia Schmied

Beginn: 10.30 Uhr

Pernegg, Bruck/Mur

Maikundgebung in Ratten

mit Bundesministerin

Claudia Schmied

Beginn: 12.00 Uhr

Ratten bei Weiz

Maikundgebung mit SPÖ-

Bundesgeschäftsführer

Günther Kräuter

Beginn: 11.30 Uhr

Knittelfeld

Maifeiern in Tirol

Innsbruck:

Beginn: 11.00 Uhr

Maifest im Rapoldipark

Landeck:

Beginn: 9.00 Uhr

Radcorso und Kinderwettbe-

werb am Spielplatz in Öd

Kufstein:

Beginn: 11.00 Uhr

Maifeier Volksschule

Sparchen

Vorarlberg

Am 1. Mai findet der 40.

Ordentliche Landesparteitag

der SPÖ Vorarlberg unter dem

Motto „Gemeinsam Arbeit

schaffen. Mit aller Kraft!“ statt.

Maifeiern in Wien

Traditioneller Maiaufmarsch

in Wien mit Festreden u.a.

von Bundeskanzler

Werner Faymann,

Bürgermeister **Michael Häupl**

und Vizebürgermeisterin

Renate Brauner

Beginn: 10.00 Uhr

Rathausplatz

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18
Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald, Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz, Martin Oppenauer, Susanne Vockenhuber, Fabian Max Wallner, Sabine Weinberger, Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil Goldberg, Coverfoto: Zinner, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH., 1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at



Werner Faymann in Bruck und im Netz

Rund 200 BruckerInnen waren gekommen, um beim 1. Kanzlerforum in Bruck/Leitha persönlich mit Bundeskanzler Werner Faymann zu sprechen. Für diejenigen, die nicht vor Ort sein konnten, wurde das Gespräch live im Internet übertragen. „Unser Gegner ist die Arbeitslosigkeit“, versicherte der Kanzler den BesucherInnen des Kanzlerforums erneut.

Keine Angst vor Brummis

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Vizebürgermeisterin Finanz- und Wirtschaftsstadträtin Renate Brauner besuchten das Transportunternehmen Jellinek. Geleitet wird das Unternehmen von Regina Mayer, die den Betrieb 1991 von ihrer Mutter übernommen hat. „Mir ist es ein besonderes Anliegen, Role Models wie Frau Mayer vor den Vorhang zu holen“, so Heinisch-Hosek.



EU-Spitzenkandidat Swoboda für eine europäische Lösung für Opel

Der SPÖ-EU Abgeordnete, Hannes Swoboda, stattete dem General Motors-Werk in Wien-Donaustadt einen Besuch ab. Der Werksbesuch sollte zum Ausdruck bringen, dass er sich für die ArbeitnehmerInnen von GM/Opel einsetzen wird.